



Berlin / 13. Juni 2018

PRESSEMITTEILUNG

Bildungsrat: Studierendenverbände kritisieren Pläne Karliczeks

*Anlässlich der 362. Kultusministerkonferenz in Erfurt formulieren die Bundesverbände der Juso-Hochschulgruppen und Campusgrün, sowie der freier zusammenschluss von student*innenschaften e.V. ihre Anforderungen an den Nationalen Bildungsrat:*

„Mit ihrem Versuch, einfach die Strukturen des Wissenschaftsrats zu kopieren, macht es sich die Ministerin zu einfach. Ein Bildungsrat darf kein weiteres intransparentes, bürokratisches Ungetüm sein. Wir brauchen eine ernstgemeinte Auseinandersetzung über bildungspolitische Grundsatzfragen. Die Mitglieder des Bildungsrats müssen aus Vertretungen von Schüler*innen, Student*innen, Lehrer*innen und Eltern, sowie Gewerkschaften gewählt werden. So wird eine demokratisch legitimierte, ernstzunehmende Auseinandersetzung über unser Bildungssystem möglich. Eine bloße Ernennung von Expert*innen geht völlig am Ziel des Bildungsrats vorbei.“, erklärt Armin Alizadeh vom Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen.

„Der Bildungsrat muss dabei als Impulsgeber*in und öffentliches Debattenzentrum für die Ausrichtung des gesamten Bildungssystems verstanden werden. Das Gremium soll die Debatten in den Parlamenten begleiten und durch eigene Initiativen befeuern. Ziel der Beratungen im Bildungsrat muss die Herstellung eines gerechten Bildungssystems sein. Der Bildungsrat soll darüber beraten, wie Bildung in der Bundesrepublik für alle Menschen gleichermaßen zugänglich sein kann. Dabei muss gesamte Bildungssystem von Kita bis zur Hochschule, Ausbildung und lebenslanges Lernen evaluiert und Reformvorschläge erarbeitet werden.“, erklärt Anika Schmütz, Bundessprecherin von Campusgrün.

„Leistungsdruck und Konkurrenz unter den Bildungssubjekten gibt es aktuell schon genug. Diese dürfen nicht durch noch mehr Messverfahren, die vermeintlich die Qualität des Bildungsangebots messen, weiter gesteigert werden. Stattdessen muss sich der Bildungsrat mit Verbesserung der Lernbedingungen und dem Abbau von Selektion in der gesamten Bildungsbiografie beschäftigen. Der Bildungsrat darf nicht zu einem weiteren Ort werden, an dem die Qualität von Bildung über deren Passförmigkeit in verschiedenen Tests und Verfahren bewertet wird. Er muss sich im Gegenteil damit beschäftigen, wie Bildung offen gedacht und gestaltet werden kann. Das heißt, bestehende Hürden abschaffen und Wege finden, das Bildungssystem für alle Menschen zugänglich zu machen.“, erklärt Nathalie Schäfer vom Vorstand des freien zusammenschluss von student*innenschaften abschließend.